

In der Stadt, in der wir leben wollen ...

- **wird der Ökologie und Nachhaltigkeit eine größere Aufmerksamkeit geschenkt**
- **wird der private Autoverkehr auf ein Minimum gesenkt**
- **wird der Nulltarif auf allen öffentlichen Verkehrsmittel durchgesetzt statt Autobahnen in und um die Stadt zu bauen**
- **werden beim Wohnungsbau energie-schonende Maßnahmen gesetzt**

Ein Wirtschaftssystem, das in einem schonenden und nachhaltigen Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen nur einen gewinn-minimierenden Kostenfaktor, bzw. einen profitsteigernden Wirtschaftszweig sieht, zerstört nicht nur unser aller Lebensgrundlage; ein System, das die Umwelt manipuliert und letztlich die Gefährdung unserer Ernährung/Gesundheit in Kauf nimmt, zerstört vor allem auch den sozialen und demokratie-politischen Zusammenhalt unserer Gesellschaften.

Eine in ökologischer Verantwortung handelnde fortschrittliche Politik, kommt besonders um die Themen Mobilität, Wohnungsbau, Energie und Gesundheit/Ernährung nicht herum und verlangt auf Grund der absoluten Dringlichkeit auch radikale Lösungsansätze. Die KPÖ-Wien sieht aus ökologischer Sicht für die Stadt konkreten Handlungsbedarf im Wohnungsbau.

Wohnungsbau

In Österreich soll bis 2020 beim Wohnungsneubau der „Fast-Nullenergie“-Standard erreicht werden. Allein bei der thermischen Sanierung steht den Anforderungen seitens der Regierung von mindestens 3% pro Jahr eine tatsächliche Quote von nur 1% gegenüber. Das heißt, dass statt in 10 erst in 100 Jahren das „ehrgeizige“ Ziel erreicht werden kann. Die Natur wird sicherlich nicht mehr so lange warten können. Es wird derzeit davon ausgegangen, dass bei 2,2 der 3, 6 Millionen Wohnungen unmittelbarer thermischer Sanierungsbedarf besteht. Allein diese Zahlen zeigen, dass das Privatkapital eine allgemeine Umorientierung zum nachhaltigen Wohnungsbau für ALLE finanztechnisch nicht bewältigen kann und auch nicht will: „Bei Privatwohnungen besteht nach geltendem Recht die generelle Problematik, dass Investitionen in energetische Maßnahmen vom Eigentümer zu tragen sind, der Nutzen in Form geringerer Energiekosten und besserem Komfort aber dem Mieter zugute kommt.“ Und „Insgesamt ist es an der Zeit politisch anzuerkennen, dass das Wohnrecht nicht nur sozialpolitische, sondern auch umwelt- und klimapolitische Relevanz besitzt“. (Presseaussendung der Bau- und Immobilienwirtschaft vom 25.9.2012). Das Problem Umweltschutz soll also über eine totale Liberalisierung des Wohnungsmarktes gelöst werden können.

Wer soll also die notwendigen ökologisch nachhaltigen und dabei leistbaren, sicheren und zeitgerechten Wohnungen für ALLE bauen, bzw. das noch viel größere Problem: wer soll die dringende ökologische Sanierung des vorhandenen riesigen Wohnungs-Altbaubestandes vor allen in den Städten leistbar gewährleisten. Voraussetzung für ökologische Nachhaltigkeit im Wohnungsbau bedeutet, sämtliche Energie- und Stoffflüsse über die gesamte Lebensdauer eines Gebäudes (Baustoffenergie, Herstellungenergie, Transportenergie, Betriebsenergie, Abbruchsenergie) zu analysieren und entsprechende energie-schonende Maßnahmen zu setzen. Es muss besonders die Betriebsenergie (Heizenergie, Warmwasser und Haushaltselektrizität) gesenkt werden, wobei hier in erster Linie die Verschwendung in mittel- bis reichen Haushalten, in Industrie, Gewerbe und Büros und insbesondere die Energieverschwendung in der Werbung gemeint ist.

Eine wesentliche Grundbedingung ist aber, dass entsprechend dem prognostizierten Bedarf, wieder der öffentliche Wohnungsbau aufgenommen wird, dass im Gegensatz zu den Wünschen der Immobilienwirtschaft über mietrechtliche Maßnahmen die privaten Profitaussichten auf dem Wohnungsmarkt eingedämmt werden und dass strengste energie-schonende Auflagen beim Wohnungsneubau und bei der Sanierung im Altbau durchgesetzt werden.